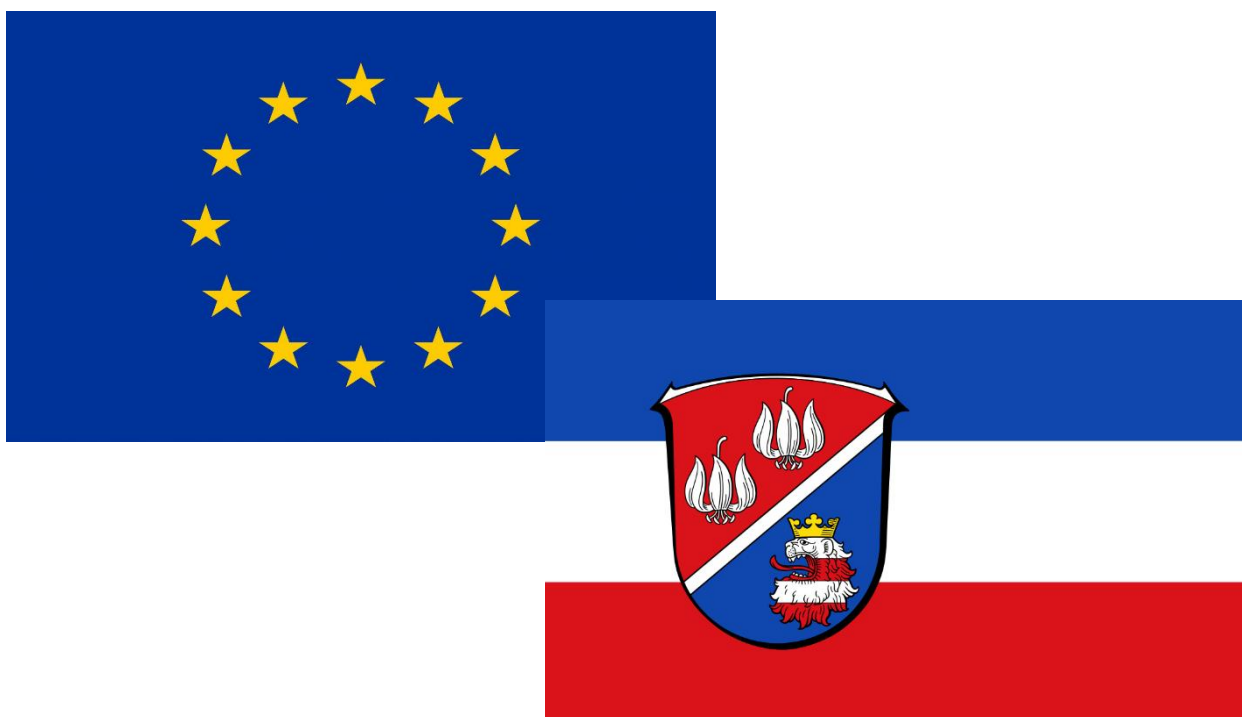

45
1977
2022

Jahre Europa Union

Kreisverband Vogelsbergkreis



Impressum

Herausgeber

Europa Union Vogelsbergkreis e. V.

Marktplatz 1

36304 Alsfeld

Tel: 06631 182 100

Fax: 06631 182 111

Info@

www.europa-union.de

 **EuropaUnion**
Kreisverband
Vogelsberg



Inhaltsverzeichnis

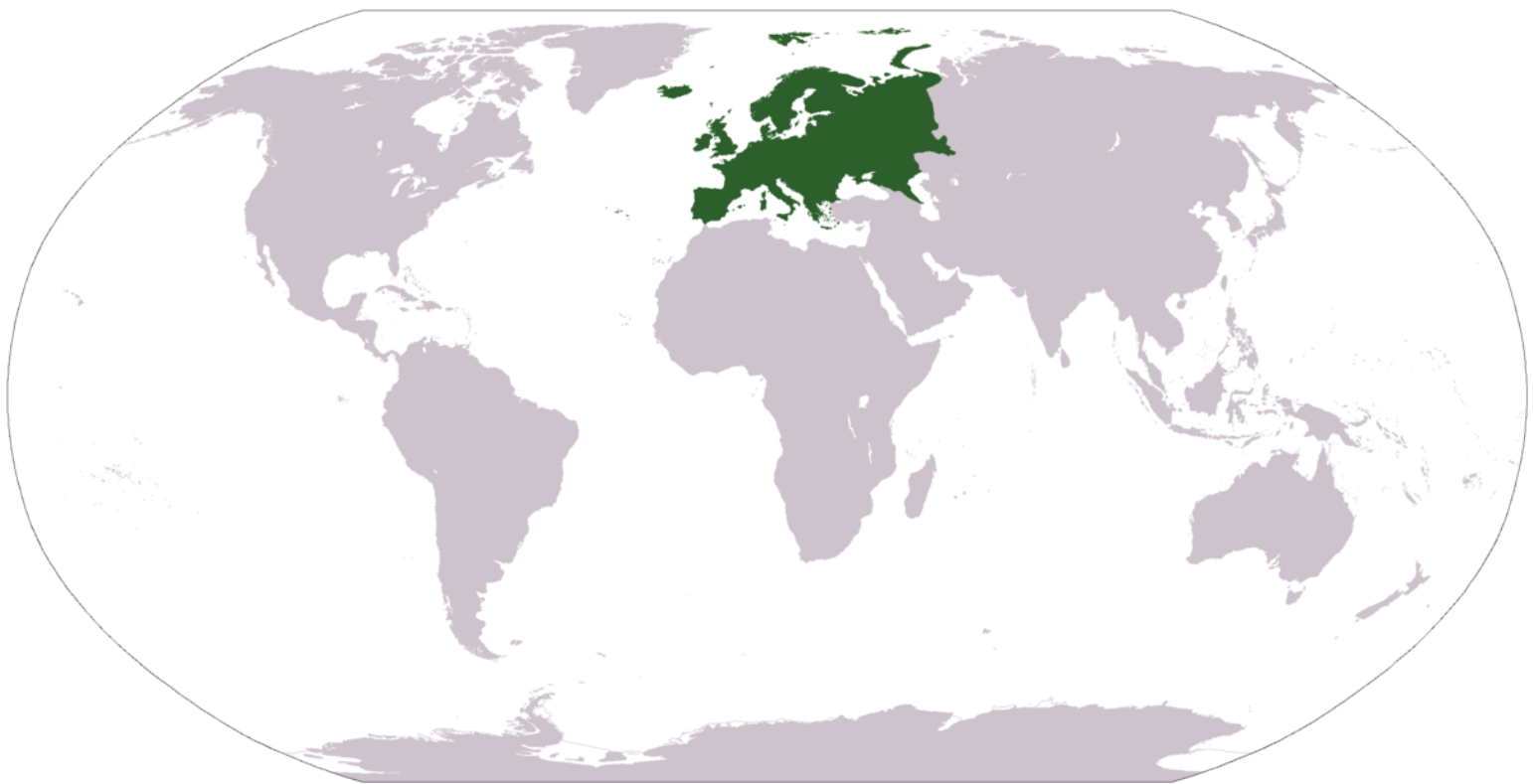
Stephan Paule	
Einführung	4
 Grußwort des Präsidenten der Europa Union Deutschland Rainer Wieland, MdEP	 5
 Grußwort des Landesvorsitzenden der Europa-Union Hessen Thomas Mann, MdEP	 7
 Meilensteine aus der Geschichte des Kreisverbandes Vogelsberg der Europa Union	 8
 Meilensteine aus der Geschichte der Europäischen Union	 21
 Die Etappen in Kürze	 31
 Leitbild der Europa Union	 32
 Mitgliedsantrag der Europa Union	 33



EuropaUnion

Kreisverband
Vogelsberg

45 Jahre Einsatz für ein föderales Europa



45 Jahre Europa Union Vogelsberg

Grußwort vom Bürgermeister und Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Europa Union



In diesem Jahr feiert die Europa-Union Vogelberg ihr 45-jähriges Bestehen.

Seit ihrer Gründung 1977 engagieren sich europabegeisterte Menschen im Vogelsbergkreis für ein gelebtes Europa vor Ort.

Das Jubiläum fällt in ein Jahr, in dem nicht nur an Europa gedacht wird, sondern auch die Stadt Alsfeld ihr 800-jähriges Jubiläum begeht und der Vogelsbergkreis 50 Jahre alt wird.

Seit 45 Jahren wird in unserem Vogelsberg ein Zeichen für Europa gesetzt. Die kulturellen Beiträge für die Aussöhnung der Völker Europas, aber auch das kritische Hinterfragen von Entscheidungen auf allerhöchster Ebene sind unverzichtbare Verdienste der Europa-Union im Allgemeinen und auch unser persönlicher Erfolg als Kreisverband.

Aber auch durch seine Präsenz zeichnet sich unser Kreisverband ganz besonders aus: Öffentliche Veranstaltungen zum Thema Europa, Fahrten, Vorträgen und Gesprächen die Europa-Union Vogelsberg ist immer dabei.

Als Kreisvorsitzender der Europa-Union Vogelsberg danke ich allen Mitgliedern für diesen Einsatz und das unermüdliche Engagement für Europa und die europäische Integration.

Aktiv lassen Sie, liebe Mitglieder, Europa im Kleinen durch Ihr ganz persönliches Wirken gedeihen und festigen somit das Fundament unseres großen Projekts!

Dafür gebührt allen, die sich auch seit Jahrzehnten schon der Europäischen Idee verschrieben haben, großer Dank und Anerkennung.

Mögen Sie weiterhin viele Menschen für Europa begeistern! Ich wünsche uns allen ein wundervolles Jubiläumsjahr 2022!

Das Gedenken und der Blick auf die Historie verdeutlichen, dass unser in Frieden, Freiheit und Demokratie geeintes Europa die beste Lehre aus der Geschichte gewesen ist, zu der es keine Alternative gibt!

Ihr

Grußwort

***anlässlich des 45-jährigen Bestehens des
Kreisverbands Vogelsbergkreis der Europa-Union***

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrter Kreisvorsitzender,
liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der Europa-Union Vogelsbergkreis,

am 10. Mai 1977, vor fast genau 45 Jahren, angetrieben vom proeuropäischen Geist und leidenschaftlichem Tatendrang, trafen im Clubraum der Stadthalle Alsfeld rund 30 europabegeisterte Bürgerinnen und Bürger zusammen, um den Kreisverband der Europa-Union im hessischen Vogelsbergkreis ins Leben zu rufen. Zu diesem besonderen Jubiläum, das Sie in diesem Jahr feierlich begehen, möchte ich Ihnen herzlich gratulieren und Ihnen für alle künftigen Aufgaben und Projekte alles Gute und viel Erfolg wünschen!

Seit nunmehr 45 Jahren wird durch tatkräftiges Engagement in Ihrem Kreisverband ein Zeichen für Europa gesetzt. Bereits seit Gründung des Kreisverbands setzen sich Vorstand und Mitglieder der Europa-Union Vogelsbergkreis aktiv für die Einigung der Völker Europas und den Prozess der Europäischen Integration ein. Mit ihrer langjährigen und vielseitigen Arbeit ist die Europa-Union Vogelsbergkreis ein Vorbild für Viele. Angefangen von kulturellen Aktivitäten bis hin zu inspirierenden Vorträgen und Meinungsaustauschen zu diversen Themen gesellschaftspolitischer Relevanz bieten Sie Ihren Mitgliedern und allen Europainteressierten ein informatives und vielfältiges Programm. Ihr lebendiges Engagement für Europa und die Europäische Idee ist damit beispielgebend für uns alle.

Gerade in aktuell unsicheren Zeiten macht es Hoffnung, dass sich auch weiterhin so viele Menschen der Europäischen Idee und ihrem historischen Erbe verbunden und verpflichtet fühlen. Denn die Selbstverständlichkeit, mit der wir in Europa in Sicherheit und Frieden zusammenleben, ist vor dem Hintergrund des seit Ende Februar dieses Jahres andauernden russischen Angriffskriegs auf die Ukraine nicht mehr gegeben. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wird zum ersten Mal seit über 80 Jahren auf dem europäischen Kontinent wieder ein Angriffskrieg geführt – für die jüngere Generation heute ein kaum vorstellbares Szenario. Dieser Angriff ist nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine. Dieser Angriff ist ein Angriff gegen Deutschland, Europa und die Grundwerte der Europäischen Union. Dieser Angriff hat jedoch auch gezeigt, dass die Europäische Union näher zusammengerückt ist, indem sie geschlossen und unmissverständlich jede Form des Bruchs mit den Prinzipien

des Völkerrechts und der Europäischen Menschenrechtskonvention entschieden und auf das Schärfste verurteilt.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland hat sich von Beginn des Krieges an solidarisch mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern gezeigt, die zu Unrecht Opfer eines in Europa nicht mehr für möglich gehaltenen Verbrechens werden. Als Verbund von proeuropäischen Kräften fungiert die Europa-Union nicht nur als Motor des Zusammenhalts, sondern auch als wichtige Stimme der europafreundlichen Zivilgesellschaft und damit entscheidender Taktgeber für politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen. Wenn es um den Erhalt eines geeinten Europas geht, zählt jede Stimme, jedes Mitglied und jeder Kreisverband!

In diesem Sinne möchte ich Ihnen, liebe Mitglieder der Europa-Union Vogelsbergkreis, für Ihre tagtägliche Arbeit sowie Ihren unermüdlichen Einsatz für ein friedliches, demokratisches und föderales Europa danken. Möge Ihnen für alle kommenden Herausforderungen stets gutes Gelingen beschieden sein! Auf die nächsten 45 Jahre Europa-Union Vogelsbergkreis!

Herzlichst

Ihr

Rainer Wieland MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Präsident der überparteilichen Europa-Union Deutschland e.V.



EuropaUnion

Landesverband Hessen

45 Jahre Europa Union Vogelsberg **Grußwort vom Rainer Wieland, MdEP**

An den Kreisverband
der Europa Union Vogelsberg
Frau Maria Fritzler
Markt 1
36304 Alsfeld

Landesvorsitzender
der Europa-Union Hessen
Thomas Mann MdEP a.D.
Württembergische Straße 11
65824 Schwalbach a. T.
Tel.: 0 61 96 - 8 52 79
Fax: 0 61 96 - 88 80 10
E-Mail: manneuropa@t-online.de

Schwalbach, 27. April 2022

Herzlichen Glückwunsch zum 45. Jubiläum

Sehr geehrter Herr Kreisvorsitzender,
lieber Herr Bürgermeister Stephan Paule,

im Namen des Landesverbandes der Europa Union Hessen gratuliere ich Ihnen und den Mitgliedern der Europa Union des Vogelsbergkreises herzlich zu Ihrem 45jährigen Bestehen. Sie sind ein höchst aktiver Kreisverband, der durch eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Einbeziehungen von Schülerinnen und Schülern, Kontakten zu Institutionen und Verbänden, Bildungsreisen und Vor-Ort-Begegnungen der europäische Dimension Profil gegeben hat. Sie haben sich in die Debatten sowohl zu notwendigen, als auch zu umstrittenen Empfehlungen und Entschlüssen eingebracht, sie kritisch hinterfragt und Lösungen gefunden. Dieses konnte ich etliche Male bei meiner Teilnahme in Ihrem Kreisverband selbst erleben.

Die Vogelsberger Europa Union ist auch für eine ausgeprägte kulturelle und soziale Arbeit bekannt. Sie hat dazu beigetragen, Brücken zu bauen und Gemeinsamkeiten - über Landesgrenzen hinaus - zu entwickeln. Es galt und gilt, gerade in Zeiten des Populismus, der Polarisierung und des Despotismus, Solidarität zu beweisen, Zusammenarbeit zu intensivieren und abgestimmte europäische Wege zu gehen, als Alternative zu einem engstirnigen, ausgrenzenden Nationalismus.

Ihr Kreisverband wird sich in die Feierlichkeiten zum 800jährigen Jubiläum der Stadt Alsfeld und zu 50 Jahren Vogelsbergkreis einbringen. Zu Ihrem Meilenstein vorbildlichen bürgerorientierten Einsatzes beglückwünsche ich Sie und grüsse Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter ebenso herzlich wie europäisch,

Ihr



1979

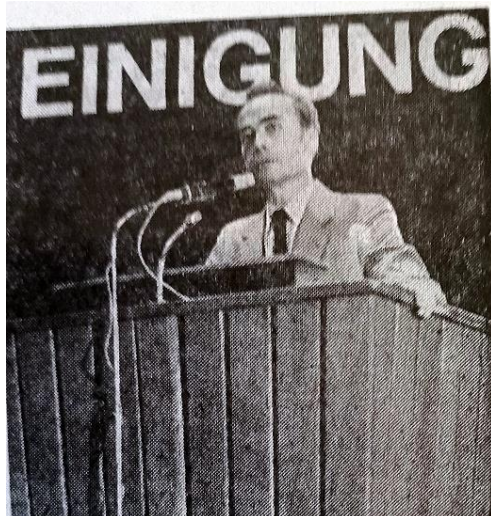
Bei der **Europa Direktwahl** in 1979 bemühte sich der Kreisverband die Bürgerinnen und Bürger des Vogelsbergkreises auf die erste Direktwahl einzustimmen. 62,6 Prozent der Wahlbeteiligung im Kreis war zu verzeichnen.

[illegible]

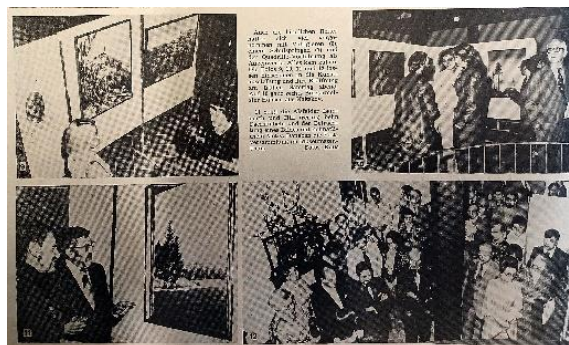
Ernst Horn, Alsfeld (1980-1985)

A portrait of a middle-aged man with light-colored hair, wearing a dark suit, white shirt, and a patterned tie. He is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is dark and out of focus.

Ernst Horn, Alsfeld (1980-1985)



Gemeinschaft bilden, die verfassungsmäßige, antimilitärische Mittel zur Lösung der Konflikte entwickelt".



Alsfelder Manifest für Frieden und Gerechtigkeit (1982)



Gerhard Henning, Alsfeld (1985-1987)

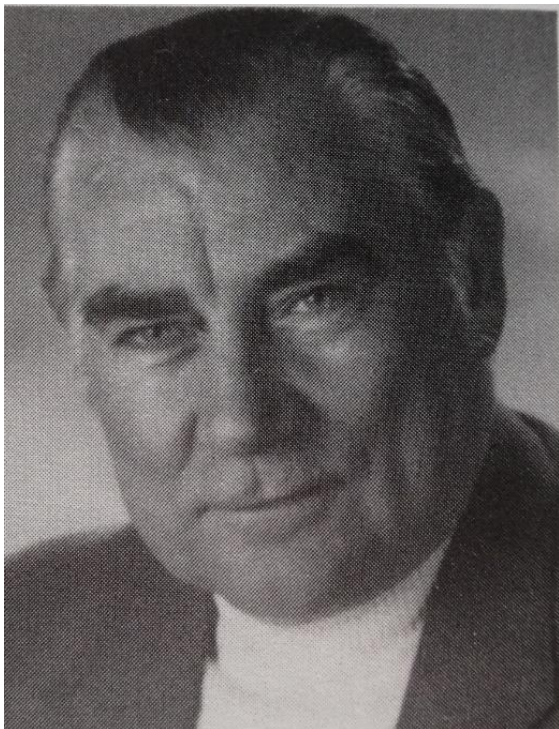
In der Zeit von 1985 bis 1987 übernahm dann Gerhard Henning, auch einer der Männer der „ersten Stunde“, den Vorsitz des Kreisverbandes.

Ein erster Höhepunkt in der Geschichte der Organisation war die 31. Landesversammlung der Europa-Union Hessen, die in Alsfeld vom 23. bis zum 25. April 1982 stattfand. Das "Alsfelder Manifest" wurde damals verabschiedet, eine Grundsatzserklärung, die in dem Satz gipfelt: "Wirklichen Frieden kann es nur geben, wenn die Staaten eine auf Recht und Gerechtigkeit gegründete



Alwin König, Alsfeld (1987-1993)

Alwin König war schließlich von 1987 bis 1993 Vorsitzender der Europa-Union. In diese Zeit fielen die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung der europäischen Grenze.



Die Europa-Union hat in den fünfundzwanzig Jahren ihrer Existenz im Vogelsbergkreis viele Bürger für das Thema Europa sensibilisiert und tut dies auch weiterhin, gerade jetzt, wo der EURO da ist und sich die Europäische Union nach Osteuropa öffnet.

Kreisverband der Europa Union zu Besuch der Partnerstadt Spisska Nova Ves der Stadt Alsfeld in der Slowakei im April 1993.

Herbert Diestelmann 1993-2000

Herbert Diestelmann Bürgermeister der Stadt Alsfeld seit 1987, erhielt ebenfalls bei seiner ersten "Bürgermeister-Direktwahl" im Jahr 1993 knapp 72 Prozent der Stimmen für die weitere Amtsperiode. Diestelmann war bis 2000 der Kreisvorsitzende der Europa Union.



Eva Goldbach, Lauterbach (2014-2016)



Stephan Paule, Alsfeld (seit 2016)



09.05.2017

Einen Tag nach der Wahl von Emmanuel Macron zum neuen Präsidenten in Frankreich feiert der Kreisverband Europa Union Vogelsberg mit Thomas Mann, dem Landesvorsitzenden der Europa Union Hessen und Abgeordneter des Europäischen Parlaments als Gastredner, das 40jährige Bestehen.



Die wichtigsten Etappen des Aufbaus der Europäischen Union

1945 – Vom Krieg zum Frieden

Der Zweite Weltkrieg ist gerade vorbei und Europa liegt in Trümmern. Der Neuaufbau beginnt und gleichzeitig mit ihm stellt sich die Frage: Wie kann man einen solchen Krieg in Zukunft vermeiden und wie einen dauerhaften Frieden zwischen den Feinden von gestern schaffen?

Die bis dato eher feindlichen Verhältnisse der europäischen Staaten untereinander gehen zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich von der Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland aus. Seit vielen Jahrzehnten besteht zwischen den beiden Ländern eine Feindschaft, welche einerseits das Ergebnis, als auch der Grund für mehrere Kriege war.

Die Hauptaufgabe der europäischen Integration besteht also zu Beginn darin, ein dauerhaft friedliches Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern herzustellen, um sich anschließend mit den anderen Staaten Europas zu einer Gemeinschaft zusammenschließen zu können.

1950 – Die Schuman-Erklärung

Am 9. Mai 1950 erklärt der französische Außenminister Robert Schuman: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“

Gemeinsam mit Jean Monnet arbeitet er den sogenannten Schuman-Plan aus, der vorsieht, dass die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands zusammengelegt wird. Auf diese Weise soll ein weiterer Krieg zwischen den Erzrivalen nach dem Wortlaut der Schuman-Erklärung „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ gemacht werden.

1951 – Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl



Am 18. April 1951 wird durch die Unterzeichnung des Pariser Vertrags die erste Europäische Gemeinschaft gegründet: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Ziel dieser Gemeinschaft ist es, die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen, supranationalen Aufsichtsbehörde („Hohe Behörde“ genannt) zu unterstellen. Diese Gemeinschaft, die auch anderen europäischen Ländern offenstehen soll, garantiert den freien Verkehr von Kohle und Stahl innerhalb der Mitgliedstaaten.

Der Gründungsvertrag wird von insgesamt sechs Ländern unterzeichnet: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Das Vereinigte Königreich lehnt den supranationalen Charakter dieser neuen Europäischen Gemeinschaft ab und tritt ihr vorerst nicht bei.

Der Schuman-Plan stellt eine wichtige Etappe im Aufbau Europas dar, da er den Beginn der deutschfranzösischen Annäherung kennzeichnet – eine Voraussetzung für das gegenseitige Vertrauen, dass die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erfordert. Durch eine solche wirtschaftliche Verbundenheit und Solidarität ist der erste Schritt in Richtung europäischer Frieden getan.

1957 – Gründung der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)



Der Pariser Vertrag ruft eine Gemeinschaft ins Leben, die sich bei ihrer Arbeit auf zwei entscheidende Bereiche der Industrie spezialisiert und darauf begrenzt ist: Kohle und Stahl.

Um die europäische Integration jedoch weiter voranzutreiben, beschließen die sechs Mitgliedstaaten schnellstmöglich weitere wirtschaftliche Bereiche mit in die Gemeinschaft aufzunehmen.

Am 25. März 1957 unterzeichnen die gleichen sechs Länder die Verträge von Rom und gründen damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Die Idee der EWG ist die Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes auf europäischer Ebene, in dem der freie Personen- und Warenverkehr durch die Gründung einer Zollunion und eines stufenweisen Abbaus der Zölle

innerhalb der Mitgliedsländer ermöglicht werden soll. Darüber hinaus strebt die EWG gemeinsame Politiken für alle Mitgliedstaaten, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, an. Die Aufgabe der Europäischen Atomgemeinschaft ist die gemeinsame Forschung sowie die friedliche Nutzung der Atomenergie in Europa.

Anfang 1958 werden weitere neue europäische Institutionen gegründet. Es entstehen die Europäische Kommission, der Ministerrat, die Parlamentarische Versammlung (später „Europäisches Parlament“ genannt), sowie der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (später Gerichtshof der Europäischen Union).

1968 – Abschaffung der Binnenzölle

Am 1. Juli 1968 tritt die Zollunion in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt sind alle Zollabgaben zwischen den Mitgliedstaaten vollständig abgeschafft. Auf Güter aus Drittländern werden nun EWG-weit einheitliche Zölle erhoben. Der Grundstein für den weltweit größten Handelsraum ist gelegt. Die Auswirkungen sind beeindruckend: Zwischen 1957 und 1970 versechsfacht sich der innergemeinschaftliche Handel. Der Handel der EWG mit dem Rest der Welt verdreifacht sich. Die Verbraucher profitieren direkt von dieser Entwicklung, da sie aus einem immer vielfältigeren Angebot von

importierten Waren wählen können. Die Europäische Dimension wird zur Realität.

1973 – Norderweiterung

Am 1. Januar 1973 findet die erste Erweiterung der EWG durch den Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks statt. Die Anzahl der Mitgliedsländer steigt von sechs auf neun. Die Norweger lehnen den Beitritt im Rahmen eines Referendums ab.

1979 – Erste Direktwahl Europaparlament



Im Juni 1979 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum ersten Mal direkt gewählt. Vorher wurden sie von den nationalen Parlamenten entsandt. Die Mitglieder des Parlaments gehören bereits seit einiger Zeit länderübergreifenden Fraktionen (Sozialisten, Konservative, Liberale, Grüne usw.) und nicht mehr nationalen Delegationen an.

1981 – Beitritt Griechenlands

Griechenland schließt sich am 1. Januar 1981 der Europäischen Gemeinschaft an. Seit dem Sturz der Militärdiktatur und der Wiederherstellung der Demokratie 1974 erfüllt es die Beitrittskriterien.

1986 – Süderweiterung & Einheitliche Europäische Akte

Im Januar 1986 finden auch Spanien und Portugal den Weg in die Europäische Gemeinschaft. Man spricht von nun an vom „Europa der Zwölf“.

In der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), der erste umfassende Änderungsvertrag der Römischen Verträge, vom 17. Februar 1986 wird die Fertigstellung des Gemeinsamen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 festgelegt. In diesem Vertrag verpflichten sich die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bis spätestens zu diesem Datum ein Europa ohne innere Grenzen zu schaffen. Die Schaffung eines Binnenmarktes soll nicht durch gesetzmäßige oder steuerliche Beschränkungen verzögert werden. Außerdem wird versucht, unterschiedliche nationale Rechtsvorschriften anzugleichen. Nach der Unterzeichnung und Ratifizierung tritt die EEA am 1. Juli 1987 in Kraft. Etwa 300 Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den freien Personen- und Kapitalverkehr gewährleisten zu können: Physische,

technische & steuerliche Schranken müssen dafür überwunden werden.

1989 – Eine Neue Ordnung

Der Fall der Berliner Mauer.



1992 – Vertrag von Maastricht

Mit dem Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wird und 1993 in Kraft tritt, erhält die Europäische Gemeinschaft eine neue Dimension. Von nun an heißt die EG offiziell „Europäische Union“. Das „Haus Europas“ beruht von nun an auf drei Säulen:

1. Die Europäische Gemeinschaft (EG): Sie schließt die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ein. Es handelt sich um Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten ihre Souveränität zugunsten der europäischen Institutionen abgegeben haben;
2. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: Sie sieht die

Verfahren für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Sachen Außenpolitik vor. In diesem Bereich behalten die Staaten ihre vollständige Souveränität;

3. Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (ZJI): Hierbei geht es um eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Sachen Einwanderung, Asylrecht, Kampf gegen die organisierte Kriminalität etc. In diesen Bereichen behalten die Staaten ebenfalls ihre volle Souveränität.

1993 – Festlegung der Kopenhagener Kriterien

Das Jahr 1993 ist entscheidend für den Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Im Juni dieses Jahres werden auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats in der dänischen Hauptstadt die Kopenhagener Kriterien festgelegt. Sie sind die Richtschnur für den Beitritt in die Europäische Union. Jedes beitrittswillige Land muss diese Beitrittskriterien erfüllen. Im Wesentlichen konzentriert man sich dabei auf die ost- und mitteleuropäischen Länder (MOEL), die seit dem Berliner Mauerfall im Jahre 1989 versuchen, sich der Europäischen Gemeinschaft anzuschließen. Diese Beitrittskriterien betreffen die drei Bereiche Politik, Wirtschaft sowie die Anerkennung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU:

- **Das politische Kriterium:**
Dieses Kriterium sieht vor, dass das Land über institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung verfügt. Außerdem muss es die Menschenrechte achten, sowie den Schutz von Minderheiten gewährleisten.
- **Das wirtschaftliche Kriterium:**
Das Beitrittsland muss eine funktionierende Marktwirtschaft vorweisen und wirtschaftlich in der Lage sein, dem Konkurrenzdruck und den Marktkräften innerhalb des europäischen Binnenmarktes standzuhalten.
- **Das Acquis-Kriterium:**
Das Beitrittsland muss fähig sein, die Rechte und Pflichten der Europäischen Union zu erfüllen, sowie das EU-Rechtsgefüge zu übernehmen, das im Laufe des europäischen Aufbauwerks übernommen wurde.
Genauer gesagt handelt es sich um die Römischen Verträge, die durch die Einheitliche Europäische Akte und die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza verändert und ergänzt wurden, sowie alle Verordnungen und Richtlinien, die durch den Rat der Europäischen Union angenommen wurden und alle

Urteile des Gerichtshofes der Europäischen Union.

Bei den Beitrittsverhandlungen geht es also nicht länger darum, ob ein Beitrittskandidat die Bedingungen erfüllen kann, sondern wann und wie schnell die Regelungen akzeptiert bzw. implementiert werden können und die Erweiterung der Europäischen Union stattfinden kann. In der Folge des EU-Gipfels in Kopenhagen reichten viele Länder Osteuropas ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein. Der Beitritt einiger Kandidaten erfolgt elf Jahre später am 1. Mai 2004.

1995 – Erweiterung der EU & das Inkraft-Treten des Schengener-Abkommens

Die 1993 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland und Schweden mündeten am 1. Januar 1995 in eine Erweiterung der EU um diese drei Länder. Ab diesem Zeitpunkt spricht man vom „Europa der 15“.

Das im Jahre 1985 unterzeichnete Schengener Übereinkommen tritt in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien in Kraft. Dabei handelt es sich um:

- die Möglichkeit des freien Personenverkehrs ohne Grenzkontrollen

- die Vereinheitlichung der Vorschriften für Einreise und den kurzfristigen Aufenthalt von Ausländern im „Schengen-Raum“ (einheitliches Schengenvisum)
- Regeln für die Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats für Asylanträge
- Maßnahmen gegen grenzüberschreitenden Drogenhandel, polizeiliche Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit zwischen den Schengenstaaten im Justizwesen

1997 – Vertrag von Amsterdam

Auf den Vertrag von Maastricht folgt der Vertrag von Amsterdam, der am 2. Oktober 1997 unterzeichnet wird. Dieser neue Vertrag soll die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union perfektionieren. Darüber hinaus führt er die neuen Aufgabenbereiche Polizei, Justiz und Beschäftigung im Rahmen der Europäischen Union ein. Ebenso wird die Sozialpolitik mit in den Vertrag eingeschlossen. Von nun sind alle Mitgliedstaaten angehalten, die gemeinschaftlichen Bestimmungen in diesen Bereichen zu beachten.

Die Regierungen der unterzeichnenden Länder wollen im Kampf gegen den Terrorismus, dem organisierte Verbrechen, Pädophilie, Drogen- und Waffenhandel, Betrug und Korruption enger zusammenarbeiten. Irland, dem Vereinigten

Königreich (beide Länder haben diese Konvention bis heute nicht unterschrieben) sowie Dänemark werden jedoch Sonderkonditionen eingeräumt. Auch gelten Sonderbedingungen für die Mitgliedstaaten, die die Voraussetzungen für die Anwendung des Schengen-Besitzstands noch nicht erfüllen (z.B. Bulgarien und Rumänien).

Im Vertrag von Amsterdam ist ebenfalls zum ersten Mal von „verstärkter Kooperation“ die Rede. Es handelt sich um ein Konzept, das einer begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten erlaubt, fähig und bestrebt die zukünftige Entwicklung der Europäischen Integration und Erweiterung zu verfolgen.

Der Vertrag von Amsterdam tritt zum 1. Mai 1999 in Kraft. Er sieht jedoch schon vor, dass „spätestens ein Jahr vor dem Zeitpunkt, zu dem die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 20 überschreiten wird, ... eine Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einberufen [wird], um die Bestimmungen der Verträge betreffend die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Organe umfassend zu überprüfen.“

2001 – Der Vertrag von Nizza

Diese Regierungskonferenz beginnt am 14. Februar 2000 und endet in Nizza im Dezember des gleichen Jahres. Die Staats- und Regierungschefs einigen sich

während des EU-Gipfels in Nizza vom 7. bis 11. Dezember 2000 auf einen neuen Vertrag, den Vertrag von Nizza. Er wird am 26. Februar 2001 von den 15 Mitgliedstaaten unterzeichnet und sieht eine institutionelle Reform der EU vor, um die Erweiterung auf 25 Staaten zu ermöglichen. Der Vertrag von Nizza tritt am 1. Februar 2003 in Kraft.

2002 – Euro-Einführung

Ab dem 1. Januar 2002 steht der Euro in 12 der damals 15 EU-Mitgliedstaaten (in allen außer Dänemark, Schweden und Großbritannien) als offizielles Zahlungsmittel zur Verfügung. Die Vorbereitungen für die Einführung einer einheitlichen Währung in Europa begannen schon 1993 mit dem Vertrag von Maastricht.

2004 – Historische Erweiterung der EU

Möglich geworden durch den Vertrag von Nizza kommt es am 1. Mai 2004 nach einer langen Verhandlungsphase zwischen der EU und jedem Beitrittskandidaten zum Beitritt von 10 neuen Staaten: Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien. Das „Europa der 25“ ist entstanden.

Vertrag über eine Verfassung für Europa & Phase der Reflexion

Für eine Union von 25 Mitgliedstaaten flankiert von neuen Beitrittskandidaten erweist sich der Vertrag von Nizza allerdings als unzureichend. Eine Erklärung über die Zukunft Europas, die diesem Vertrag beigelegt ist, sieht eine große Debatte über die Zukunft der Europäischen Union vor. Die Eröffnungssitzung dieser Europäischen Konvention, die sich mit dieser Frage auseinandersetzen soll, beginnt am 28. Februar 2002.

Nach 16 Monaten Arbeit einigt man sich auf einen einheitlichen Text: den Entwurf für einen Verfassungsvertrag. Am 4. Oktober 2003 trifft sich die Regierungskonferenz und im Juni 2004 kommen die Staats- und Regierungschefs einstimmig zu einem Abkommen, dem „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Dieser Entwurf enthält ein Maßnahmenpaket für eine transparentere, effizientere und bürgernahe Europäische Union. Es handelt sich um Maßnahmen wie die Einteilung der Zuständigkeiten der EU, die Vereinfachung der Rechtsprechung, eine neue Definition der qualifizierten Mehrheit im Rat der EU aber auch einen ständigen Präsidenten des Europäischen Rates sowie einen Außenminister für die EU, eine reduzierte europäische Kommission sowie die Einführung eines europaweiten Bürgerbegehrens etc.

Dieser Text wird von den 25 Mitgliedstaaten am 29. Oktober 2004 unterzeichnet. Für das Inkraft-Treten ist der 1. November 2006, nach der Ratifizierung durch jeden EU-Mitgliedsstaat, eingeplant. Als nationale Verfahren für die Ratifizierung sind eine Volksabstimmung oder eine parlamentarische Abstimmung vorgesehen. Aber es kommt anders als geplant: Aufgrund des Misserfolges der Volksabstimmung in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 verlangsamt sich das Verfahren der Ratifizierung des Verfassungsvertragsentwurfs. Die Europäische Union gelangt in eine Phase der Reflexion über ihre bisherige Vorgehensweise, die Vertragsinhalte sowie über ihre Zukunft. Zwei Jahre lang wird versucht eine Lösung für die internen Probleme und die unterschiedlichen Positionen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu finden, die teilweise sehr weit voneinander abweichen.

2007 – Erweiterung der EU & Vertrag von Lissabon

Am 1. Januar 2007 werden Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union aufgenommen. Die EU setzt sich daraufhin aus 27 Mitgliedstaaten und fast einer halben Milliarde Menschen zusammen. Am 21. und 22. Juni 2007 beendet der Europäische Rat letztendlich das verfassungsmäßige Verfahren, in dem er die Grundzüge eines



Reformvertrags beschließt. Statt einer europäischen Verfassung soll es somit „nur“ Änderungen an den vertraglichen Grundlagen der EU geben, d.h. Änderungen an den schon existierenden Grundlagenverträgen.

Im Oktober 2007 gelingt es den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten sich über den exakten Inhalt des Reformvertrages zu einigen und der modifizierte Vertrag wird am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet. Ein Teil der Neuerungen des Vertrags von Lissabon entsprechen inhaltlich dem im Jahr 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag, in einigen Punkten weicht der Vertrag von Lissabon jedoch inhaltlich vom ursprünglichen Entwurf ab. Folgende Punkte sind nicht mehr Teil des Vertrags: der Verweis auf die Symbole der EU, der Hinweis auf den freien Wettbewerb oder die Integration der Charta der Grundrechte in den Vertragstext.

Durch den Vertrag von Lissabon beschlossene sichtbare Veränderungen nach außen sind die neu geschaffenen Stellen des EU-Ratspräsidenten, der für zweieinhalb Jahre den Vorsitz im Europäischen Rat übernimmt, und des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik, der zugleich Vizepräsident der Europäischen Kommission ist. Außerdem macht der Vertrag die „Europäische Bürgerinitiative“ möglich. 1 Million EU-Bürgerinnen und -Bürger aus

mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten der EU (derzeit 7) können nun die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen und damit ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen. Auch wird mit dem Vertrag von Lissabon ein freiwilliger Austritt aus der Union möglich.

2013 – Beitritt Kroatiens

Am Rande der Diskussion über die Vertragsreformen, finden in der Europäischen Union weitere Erweiterungen statt. Im Rahmen einer Volksbefragung am 22. Januar 2012 stimmten die Bürger Kroatiens mit ca. 67% der Stimmen für den EU-Beitritt. So begrüßt die EU Kroatien am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat.

Beitrittskandidaten & -verhandlungen

Seit des Beitritts Kroatiens gibt es fünf weitere offizielle EU-Beitrittskandidaten: Albanien, die Republik Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Zwei weitere Länder (Bosnien-Herzegowina und Kosovo) zählen zu den potenziellen EU-Kandidaten.

So wie auch die Mitgliedsländer, die der EU 2004, 2007 und 2013 beitraten, müssen die jetzigen Beitrittskandidaten die geltenden Kopenhagener Kriterien erfüllen, um Mitglieder der Europäischen Union werden zu können. Mit jedem Land werden einzeln Verhandlungen

geführt, die es erlauben, besondere Beitrittsbedingungen für jeden Beitrittskandidaten zu vereinbaren. Die Akten des Beitritts müssen durch die Mitgliedstaaten der EU sowie von jedem Beitrittskandidat ratifiziert werden.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei laufen seit dem 3. Oktober 2005, liegen aber derzeit faktisch auf Eis. Mit Montenegro wird seit Juni 2012 verhandelt und die Verhandlungen mit Serbien begannen ein Jahr später im Juni 2013. Die Verhandlungen mit Nordmazedonien und mit Albanien haben noch nicht begonnen.

2020 – Brexit

Das Vereinigte Königreich ist am 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union ausgestiegen. Eine knappe Mehrheit (51,9 Prozent) der Briten hatte am 23. Juni 2016 für einen Austritt aus der EU gestimmt. Die Austrittsverhandlungen wurden Ende März 2017 formal eingeleitet und sollten eigentlich nach zwei Jahren abgeschlossen sein und zwar am 29. März 2019. Aufgrund politischer Turbulenzen sind sie jedoch mehrmals verschoben worden.

Seit dem 1. Februar 2020 zählt das Vereinigte Königreich *nicht* mehr zu den EU-Mitgliedstaaten, bleibt aber während der Übergangsphase (bis Ende 2020) im EU-Binnenmarkt und

in der Zollunion. Während dieser Zeit soll mit der EU ein Freihandelsabkommen ausgehandelt werden. Die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag laufen seit Anfang März 2020.

Der Europäischen Währungsunion gehören nach dem Beitritt Litauens 2015 nunmehr 19 Staaten an.

Eine Zeitreise durch die Geschichte der Europa Union:

1946

15.-22.09.1946

In der Schweiz zusammengekommene europäische Föderalisten verabschieden das bekannte Hertensteiner Programm, zur föderalen Einigung Europas.



09.12.1946

Gründung der Europa-Union Deutschland (EUD) in Syke. Politisches Gründungsdokument wird das Hertensteiner Programm. Wilhelm Heile wird Vorsitzender.



17.12.1946

Gründung der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Paris

21.-23.06.1947

Erster Kongress der EUD fand in Eutin statt: Diverse föderalistische Gruppen, vorwiegend aus der britischen Besatzungszone, schließen sich zusammen

20.11.1947

Die Europa-Union wird Mitglied der UEF.

08.-10.05.1948

Der 1. Haager Kongress tritt auf Initiative des Koordinierungsausschusses für die „Europäische Einheit“ mit 750 Delegierten aus fast allen Ländern Europas zusammen. Hauptredner ist Winston Churchill.

25.10.1948

Gründung der Europäischen Bewegung als Dachorganisation für alle Europaverbände in Brüssel-

01.04.1949

Auf Initiative des künftigen EUD-Präsidenten Eugen Kogon tritt ein Ausschuss zur Gründung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zusammen, der sich am 13.6.1949 in Wiesbaden konstituiert. Kogon wird Vorsitzender des Exekutivbüros.

19.-22.05.1949

1. Ordentlicher Kongress in Hamburg unter dem Motto „Europäer aller Länder vereinigt Euch!“ Die Vereinigung aller föderalistischen Verbände in Deutschland wird abgeschlossen.



1949



Der Kongress spricht sich gegen eine Neutralisierung Deutschlands und für die Bildung einer Europäischen Föderation aus. Eugen Kogon wird zum Präsidenten gewählt.

06.08.1950

300 junge Europäer, überwiegend aus französischen und deutschen Europa-verbänden, verbrennen die Grenzpfähle in St. Germanshof bei Weißenburg und fordern ein Europäisches Parlament und eine Europäische Regierung.

24.11.1950

5000 Jugendliche aus vielen Ländern überschreiten die Grenzen des vereinten Europas in einer Demonstration vor dem Europarat in Straßburg.

16.-18.11.1951

Zentrale Forderung der Hauptresolution des 3. Kongresses in Frankfurt am Main ist die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

24.-26.10.1952

Der 4. Kongress in Esslingen begrüßt die Arbeiten der Ad-hoc-Versammlung (Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Montan-

union) zur Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung.

30.04.1953

Im Rahmen der Aktion „Europäischer Bundespakt“ sammelt die EUD unter dem Motto „Feldzug der Europäer“ fast 1,65 Mio. Unterschriften.

29.-31.10.1954

Ernst Friedländer wird auf dem 7. Kongress in Hannover zum Präsidenten gewählt.

25.-27.11.1955

Im Schöneberger Rathaus in Berlin verabschiedet der 8. Kongress einen von Ernst Friedländer entworfenen Deutschland Plan, der die deutsche Vereinigung im Rahmen der Europäischen Integration vorsieht.

09.-11.11.1956

Unter dem Motto „Europa – jetzt erst recht!“ fordert der 9. Kongress in Augsburg angesichts der Niederschlagung des Ungarn Aufstands durch die UdSSR die Verstärkung der Bemühungen um den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa.

17.-19.01.1958

Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim wird auf dem 10. Kongress in Bremen zum Präsidenten gewählt.



25.04.1959

Die EUD gründet das Bildungswerk Europäischer Politik zur Unterstützung ihrer Bildungsaufgaben (1964 Umbenennung in Institut für Europäische Politik).

01.-03.10.1959

Der 11. Kongress in Dortmund fordert die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Fusion der drei Gemeinschaften EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und EAG (Europäische Atomgemeinschaft) sowie eine ständige Konferenz der Regierungschefs der EG-

Mitgliedstaaten. Erstmals in der EUD-Geschichte werden ausführliche sozialpolitische Leitlinien beschlossen, die u. a. die Forderung nach Vollbeschäftigung enthalten.

11.12.1959

Die EUD gründet den Europa-Union-Verlag als zukünftigen Träger ihrer publizistischen Arbeiten.

26.-28.05.1961

In Kiel begrüßt der 12. Kongress die Fortschritte der wirtschaftlichen Integration und versucht Kompromisse zu finden zu den unterschiedlichen Auffassungen über die politische Integration.

22.-23.10.1962

Der 13. Kongress in Bad Godesberg verabschiedet unter dem Motto „Vom gemeinsamen Markt zur politischen Gemeinschaft“ ein Memorandum zur Politischen Union Europas. Es enthält auch eine klare Bejahung einer abgestuften Integration, falls anders ein europäischer Fortschritt nicht möglich sei.

28.06.1963

Das EUD-Präsidium beschließt eine Erklärung zur Europäischen Verteidigung.

12.-14.04.1964

Unter dem Motto „Handelt für Europa!“ verabschiedet der 14. Kongress in Frankfurt am Main zwölf Thesen für Europa, in denen eine „energische, konsequente und vorbehaltlose Erfüllung der Römischen Verträge“ gefordert wird.

20.10.1965

In Bad Godesberg setzt Bundespräsident Heinrich Lübke den Startschuss für die Europa-Aktion 65 der EUD. Innerhalb von zehn Tagen finden über 1.500 Veranstaltungen statt.

20.-22.11.1966

Der 16. Kongress in Baden Baden unter dem Motto „Wege nach Gesamteuropa“ fordert die Bundesregierung auf, in der Ostpolitik neue Wege zu gehen, u. a. durch Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens, Aussöhnung mit Polen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten.

13.-15.05.1967

Gemeinsame Grenzaktion der Europäischen Föderalisten an 64 europäischen Grenzstationen mit dem Slogan „Alle Europäer wollen

Reisen ohne Grenzkontrollen!“



04.-05.03. 1968

Der 17. Kongress in Köln bekräftigt das Ziel, von der Wirtschafts- und Währungsunion zur Politischen Union vorzustoßen.

03.06.1968

„Eine Währung für Europa“ fordern die föderalistischen Verbände mit einer gemeinsamen europaweiten Aktion an 43 Grenzübergangsstellen



24.-26.05.1969

„Europas Regierungen haben versagt“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 43 Grenzübergangsstellen.

1969



23.-25.11.1969

Der 18. Kongress in Saarbrücken fordert unter dem Motto „Appell zu einem neuen Aufbruch“ den weiteren Ausbau, die Erweiterung und Vertiefung der EG und die Direktwahl des Europäischen Parlaments (EP).

16.-18.05.1970

„Europa ist für alle da“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 30 Grenzübergangsstellen.

11.-13.09.1971

Der 19. Kongress verabschiedet in Bad Godesberg einen Stufenplan zur Errichtung eines Europäischen Bundesstaats. Nachdrücklich fordert der Kongress das Ende der Diskriminierung von Gast-

arbeitern und ihre gleichberechtigte Eingliederung als Europäische Bürger.

18.-20.05.1973

Theo M. Loch wird neuer Präsident der Europa-Union auf ihrem 20. Kongress in Berlin. Der Kongress verabschiedet die Berliner Erklärung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

07.-08.12.1974

Der 21. Kongress in Saarbrücken kritisiert die Unfähigkeit der Gemeinschaft, solidarisch zu handeln und fordert entschlossene Maßnahmen zur Demokratisierung Europas.

21.-23.11.1975

Der 22. Kongress in Bad Godesberg fordert als nächste Schritte auf dem Weg zur Einheit Europas die Durchführung der Direktwahl des EP bis 1978, den Ausbau der Europäischen Bürgerrechte und eine Europäische Verfassung für die Europäische Union.

05.12.1977

Bei der Ankunft von Bundeskanzler Helmut Schmidt zur EG-Gipfelkonferenz in Brüssel demonstrieren Aktive der Europa-Union

gemeinsam mit Freunden von der UEF. 4 Meilensteine 1969-1973 1974-1977 1978-1984.



31.03.-01.04.1978

Präsidium und Hauptausschuss beschließen eine Europawahl Informationskampagne, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

25.-27.06.1978

Auf dem 24. Kongress wird das Kieler Programm für Europa verabschiedet. Es fordert einen nachhaltigen föderalen Aufbau Europas und eine starke Beteiligung der Bürger. Erster Schritt sei die Direktwahl des EP. Ziel ist der Europäische Bundesstaat.

13.11.1978

Nachdem in zahlreichen Bundesländern und Landkreisen auf Anregung der EUD Direktwahlkomitees zur Unterstützung der 1. Europa-Wahl gegründet wurden, konstituiert sich in

1978



Bad Godesberg unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Walter Scheel das „Bundeskomitee Europa-Wahl“.

05.-07.12.1980

Der 26. Kongress in München wählt Altbundespräsident Walter Scheel zum Präsidenten. Simone Veil, die erste Präsidentin des direkt gewählten Europäischen Parlaments, spricht zu den Delegierten.



07.-09.12.1984

Der 30. Kongress der EUD tagt in Köln gemeinsam mit dem 12. Kongress der UEF unter dem Motto „Die Europäische Union jetzt“. Themen sind neben der Gründung der Europäischen Union auch die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamteuropäische Zusammenarbeit.

22.02.1986

Der Hauptausschuss erklärt, dass mit der Einheitlichen Europäischen Akte die Ziele

mehr Demokratie und mehr Effektivität nur unvollkommen erreicht werden.

26.06.1988

Rund 5.000 Teilnehmer fordern die Vollendung des Binnenmarkts und die Gründung der Europäischen Union auf einer Kundgebung der EUD im Kuppelsaal der Stadthalle in Hannover.

13.-14.10.1989

„Die Europäische Union schaffen – ganz Europa in Freiheit einigen“. Unter diesem Motto steht der 35. Kongress, an dem neben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch sein ungarischer Kollege Gyula Horn teilnimmt, der einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Erlaubnis der Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD geleistet hat. Egon Klepsch wird zum neuen Präsidenten der Europa-Union gewählt.



März 1990 bis März 1991

Gründung der Landesverbände Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt

25.-27.05.1990

Erstes Treffen der Mitglieder und Freunde der EUD aus der DDR im Europa-Haus Marienberg.

12.11.1990

Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt das EUD-Präsidium zu einem umfassenden Meinungsaustausch.

04.06.1991

Erstes Deutsch-Ungarisches Forum in Budapest, mitorganisiert von der EUD 08.-10.11.1991 Der 37. Kongress in Leipzig – der erste in einem der neuen Bundesländer – fordert zusätzliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer. Er beschließt Grundsätze für die zu schaffende Europäische Union, ein demokratisches Regierungssystem mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die unverzügliche Errichtung der vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Reform der Verträge, um

die EG erweiterungsfähig zu machen.

20.-21.11.1992

Erstmals tritt ein EUD-Kongress außerhalb Deutschlands zusammen. „Ja zu Maastricht – Für ein bürgernahes Europa“ ist das Motto des 38. Kongresses in Straßburg im Palais de l'Europe.

05.-06.11.1993

Bundeskanzler Kohl spricht auf dem 39. Kongress in Mannheim. Er bekräftigt die konsequente Fortführung der nötigen Europäischen Integration.

04.-05.11.1994

Unter dem Motto „Europa bürgernah gestalten“ beschließt der 40. Kongress in Bremen die Ausarbeitung einer Charta der Europäischen Identität. Eine einjährige Verbandsdebatte unter Beteiligung aller EUD Landesverbände und befreundeter Organisationen beginnt.

27.-28.10.1995

Die Charta der Europäischen Identität wird vom 41. Kongress in Lübeck verabschiedet. Zudem beschließt der Kongress Forderungen an die

Reformkonferenz 1996. Hauptredner ist der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch.

04.05.1996

EUD und Europäische Bewegung eröffnen in Frankfurt am Main ihre gemeinsame Kampagne für die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Motto „Der Euro kommt“ organisiert die Europa-Union mit ihren Gliederungsverbänden bis 2001 bundesweit mehrere Hundert Aktionen sowie Informationsveranstaltungen und gibt den „Euro-Kompass“ heraus.



20.06.1996

Das Generalsekretariat der EUD veröffentlicht die Charta der Europäischen Identität in fünf Sprachen.

November 1996

Zusammenführung der JEF und der Jungen Europäer

zum einheitlichen EUD-Jugendverband

19.10.1997

Der 43. Kongress wählt in Worms Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten.

Mai 1998

Start der transnationalen Kampagne der UEF für eine Europäische Verfassung, die in Deutschland von der Europa-Union umgesetzt wird

13.-14.11.1998

Der 44. Kongress in Münster steht im Zeichen der 350-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens. Redner sind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann, der EKD-Vorsitzende Präses Manfred Kock und Iganx Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden.

27.11.1999

Elmar Brok wird auf dem 45. Kongress in Weimar neuer EUD-Präsident.

7.-8.12.2000:

Demonstration der Europäischen Föderalisten unter Beteiligung der EUD anlässlich des Europäischen Gipfels in Nizza.

15.-17.06.2001

Europaaktion unter dem Motto „Die Botschaft der Europäischen Föderalisten an den Europäischen Rat bringen“: EUD und JEF appellieren anlässlich des EU-Gipfels in Schweden an die Staats- und Regierungschefs, das europäische Schiff auf richtigem Kurs zu halten – und das im wörtlichen Sinne: Nach dem Tagungsauftritt in Kiel gehen 200 Europaaktivisten an Bord der Stena-Scandinavica nach Göteborg, um auch dort Flagge zu zeigen.

11.-13.10.2002

Start der Reihe „Wege nach Europa“, die von Lübeck nach Kopenhagen und Malmö führt. 2003 geht es unter gleichem Motto nach Graz, Maribor und Ljubljana. 2004 sind Bratislava und 2005 Kaliningrad das Ziel. 2006 führen die „Wege nach Europa“ zurück zu den Wurzeln der Europäischen Föderalistischen Bewegung – nach Zürich und Hertenstein.

2004

Die EUD geht online mit einer eigenen Homepage sowie mit dem Europa-Wahl Portal:
„www.wahlen-europa.de“.

2004

In Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung startet das mehrjährige Bildungsprogramm „In Europa für Europa“ für Stipendiaten aus Ländern Mittelosteuropas (dieses Programm läuft bis 2006).

2006

Start der mehrjährigen Kampagne „Europa nützt uns“. EUD und Europäische Bewegung geben gemeinsam die Studie „Die EU im vitalen Interesse Deutschlands“ heraus. Ab 2007 wird die bundesweite Veranstaltungsreihe „Speak upEurope – Menschen bilden Europa“ gemeinsam mit den Landes- und Kreisverbänden organisiert.

10.12.2006

Peter Altmaier wird auf dem 52. Bundeskongress in Bremen zum neuen Präsidenten gewählt.

**13.12.2006**

Erster Europäischer Abend in Berlin. Die gemeinsame Veranstaltungsreihe mit dem „dbb beamtenbund und tarifunion“ entwickelt sich zu einer erfolgreichen Veranstaltungsmarke am Politikplatz Berlin.

2007

Kampagne für ein europaweites Referendum für eine Europäische Verfassung.

14.06.2007

Gründung der Europa-Union Brüssel als erster EUD-Auslandsverband.

03.07.2007

Gründung der EUD-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag mit 113 Mitgliedern.

13.05.2009

Gründung der EUD-Hauptstadt.

22.11.2010

Unter dem Motto „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ setzt der Erfurter Bundeskongress eine umfassende Verbandsdebatte zu einem neuen Grundsatzprogramm der EUD in Gang.

27.11.2011

Rainer Wieland wird auf dem 57. Bundeskongress in Berlin zum neuen Präsidenten gewählt.

2012

Start der Reihe bundesweiter EUD-Bürgerforen „Europa – Wege aus der Krise“

24.03.2012

EUD/JEF-Aktion „Ungarn muss Teil der Europäischen Wertegemeinschaft bleiben“ in Berlin

07.-09.09.2012

Erste EUD-Sommerakademie in Bremen, weitere folgen in Neubrandenburg, Gießen, Jena und Duisburg

28.10.2012

Der 58. Bundeskongress beschließt im Landtag von NRW das neue Grundsatzprogramm der Europa Union. Im Düsseldorfer Programm heißt es: „Unser Ziel ist der Europäische Bundesstaat“.

2013

Start der mehrjährigen Informationskampagne „EUROPA mitbeSTIMMEN“. Bundesweit werden 183 Straßenaktionen mit dem

neuen Format der Bodenzeitungen organisiert.

**09.-10.11.2013**

„Mehr Europa wählen“ mahnt der 59. Bundeskongress und spricht sich gegen Renationalisierungstendenzen aus.

2014

„Gedankengang zu Krieg und Frieden“ läuft als bundesweite Straßenaktion über mehrere Monate bis 2015.

Frühjahr 2014

EUD und JEF beteiligen sich im Rahmen ihrer Europawahl-Kampagne an der Testimonialaktion der Europäischen Bewegung „1000 Gründe für Europa“.

Herbst 2014

Start der Reihe „EUD-Bürgerdialoge - ... Wir müssen reden“ (2014/15 zu TTIP, 2016 zu „Europas Grenzen“)

**15.11.2014**

Der Bundesausschuss spricht sich für stärkeren sozialen Zusammenhalt in der EU aus und fordert, den Weg hin zu einer starken Europäischen Verteidigungsunion einzuschlagen.

12.02.2015

Neugründung des Landesverbandes Sachsen.

24.-25.04.2015

Die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein zentrales Thema des 60. Bundeskongresses in Memmingen, der eine gemeinsame Politik für Asyl, Flüchtlingsschutz, Einbürgerung und Einwanderung in der EU anmahnt.

18.10.2015

Gründung des kommunalen Netzwerks der EUD

16.-17. 04.2016

In Dresden setzt der 61. Bundeskongress mit seinem

2016

klaren Bekenntnis zu Europa ein Zeichen gegen die europa- und fremdenfeindliche Bewegung Pegida.

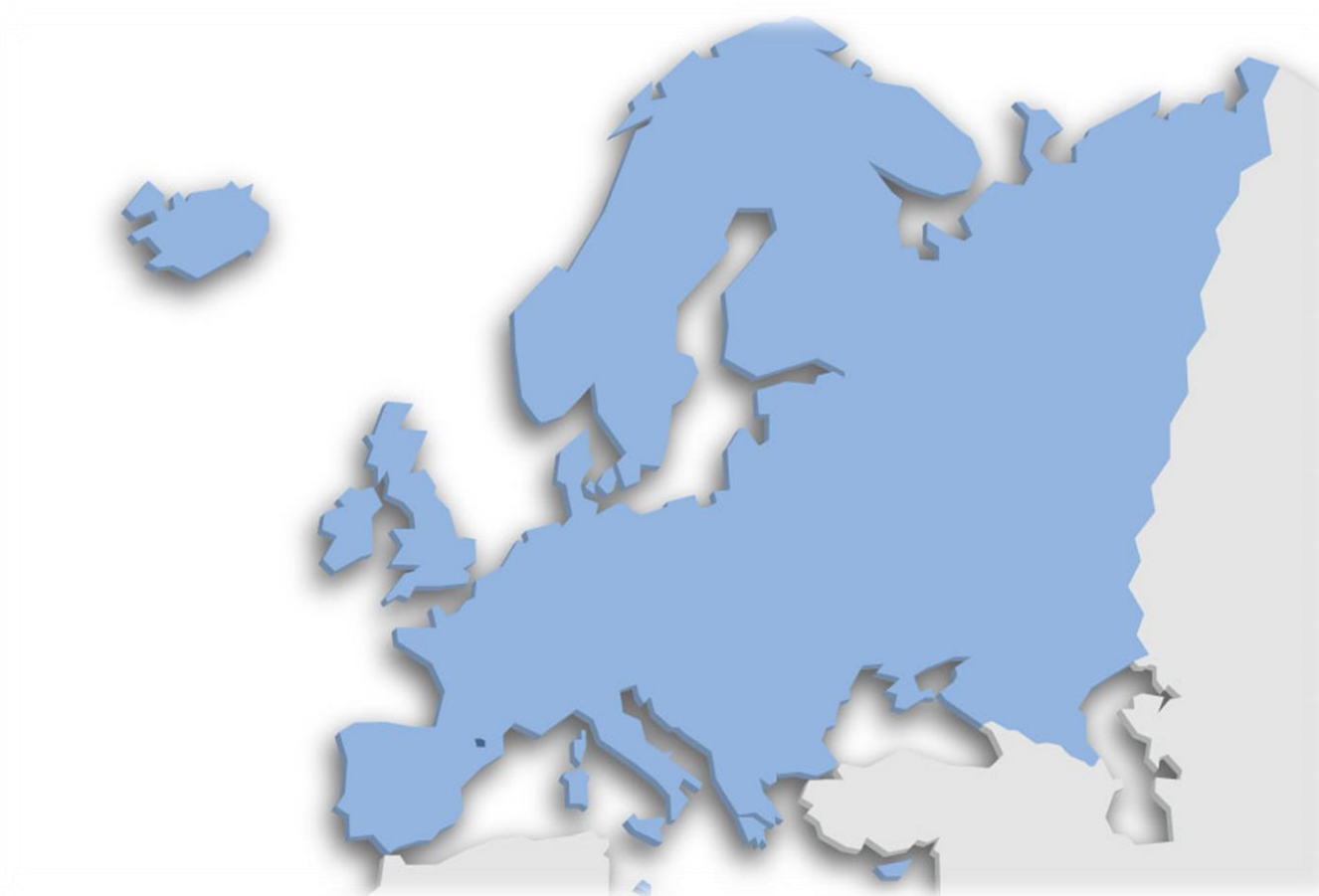
Sommer 2016

EUD und JEF starten ihre gemeinsame Online-Kampagne „Europa braucht Dich jetzt“.

03.11.2016

Mit dem „Kölner Signal“ des Präsidiums positioniert sich die EUD zur AfD: Demokratische Auseinandersetzung: ja – Zusammenarbeit und Mitgliedschaft: nein.

Als offen „nationalistische, fremdenfeindliche und anti-europäische Partei“ stehe die AfD gegen alles, wofür sich die EUD einsetzt, sie ist „ein politischer Gegner, den es mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen gilt“.



Die Etappen in Kürze:

1951: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird von den sechs Gründermitgliedstaaten ins Leben gerufen.

1957: Der Vertrag von Rom schafft die Grundlage für einen gemeinsamen Markt.

1958: Gründung der Europäischen Kommission

1973: Die Gemeinschaft wächst auf neun Mitgliedstaaten an und entwickelt gemeinsame Politiken.

1979: Das Europäische Parlament wird zum ersten Mal direkt gewählt.

1981: Als erstes Mittelmeerland tritt Griechenland bei.

1993: Der Binnenmarkt wird vollendet

1993: Durch den Vertrag von Maastricht wird die Europäische Union errichtet.

1995: Die EU wächst auf 15 Mitgliedstaaten an.

2002: Der Euro wird als Bargeld eingeführt.

2004: Zehn weitere Länder treten der EU bei.

2005: Der Versuch, eine Verfassung für Europa einzuführen, scheitert.

2007: Durch zwei weitere Beitritte wächst die Zahl der Mitgliedsländer auf 27.

2009: Der Vertrag von Lissabon stellt die EU auf eine neue vertragliche Grundlage.

2010: Die 16 Euroländer einigen sich auf ein Hilfspaket für Griechenland, auf die Unterstützung der irischen Wirtschaft sowie auf eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

2013: Nach den 2011 abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien kann das Land das 28. EU-Mitglied werden.

2020/21: Das Vereinigte Königreich verlässt die EU. Angestoßen wurde der Austritt durch ein Referendum im Vereinigten Königreich am 26. Juni 2016.



Leitbild der Europa-Union Deutschland



Die Europa-Union ist die überparteiliche Bewegung, die sich für eine europäische Föderation der Bürgerinnen und Bürger einsetzt.

Leitmotiv

Wir, die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland, verstehen uns als die Vertretung der für Europa engagierten Bürgerinnen und Bürger. Durch unsere Arbeit vor Ort wollen wir die europäische Idee verbreiten und Europa als gemeinsamen Erfahrungsraum erlebbar machen. Unser Ziel ist die Schaffung der Vereinten Staaten von Europa auf föderativer und demokratisch-rechtsstaatlicher Grundlage [1]. Wir arbeiten für die Realisierung dieser Ziele mit anderen Verbänden, Organisationen und Institutionen auf allen politischen Ebenen zusammen.

Leitsätze

- Wir wollen Frieden und Freiheit in Europa erhalten.
- Wir fördern die Toleranz und den Gedanken der Völkerverständigung.
- Wir setzen uns ein für Menschen- und Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Menschenwürde, der kulturellen Vielfalt, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität. Wir stehen in der Tradition der europäischen Aufklärung
- Wir sind eine überparteiliche Organisation, die eine offene, konstruktive und wertschätzende Diskussionskultur lebt.
- Wir setzen uns in gegenseitigem Respekt für die gemeinsamen Überzeugungen und Werte des Hertensteiner[2] und des Düsseldorfer Programms [3] ein.
- Wir sind ein demokratisch und föderal verfasster Verband, in dem jedes Mitglied mitwirken und mitgestalten kann.
- Wir wirken in alle Bereiche der Gesellschaft hinein, um die europäische Idee zu verbreiten.
- Wir fördern die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Integration durch Bildungsarbeit, Reisen und Begegnungen.
- Wir tragen dazu bei, den pro-europäischen Konsens der demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa zu stärken und stetig zu erneuern.
- Wir arbeiten generationenübergreifend und unterstützen unsere Jugendorganisation

